

Programme und Ungewissheiten

Gesundheitspolitische Perspektiven nach der Bundestagswahl

Klaus-Peter Görlitzer
(Hamburg), Journalist,
verantwortlich für
BIOSKOP

CDU, CSU und SPD haben am 13. März ihre Koalitionsverhandlungen gestartet, noch vor Ostern wollen sie eine neue Bundesregierung bilden, angeführt von Friedrich Merz (CDU) als Kanzler. Noch gibt es keine konkreten Vereinbarungen zur künftigen Gesundheitspolitik. Wohin hier die politische Reise gehen könnte, deuten mehr oder weniger vage Ankündigungen aus den Wahlprogrammen an. Notwendig sind auch Punkte, die da nicht drin stehen.

Eine zentrale Aufgabe für die Große Koalition, für die nur noch 45 Prozent der Wähler*innen gestimmt haben, wird eine erneute Reform der Pflegeversicherung sein. Inzwischen sind nicht nur viele Pflegebedürftige finanziell überfordert, sondern perspektivisch auch die Pflegekassen. Sowohl Union als auch SPD haben das große Problem zumindest im Blick (→ Seite 9). Streit könnte es darüber geben, wie die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach (SPD) durchgesetzte Klinikreform ausgestaltet wird. CDU/CSU schreiben in ihrem Wahlprogramm, »Grundgedanke« einer Klinikreform müsse »eine hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land« sein; Ziel müsse es daher sein, einen »kalten Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft zu verhindern«. Die Union kündigt an: »Fehlsteuerungen in Folge der Krankenhausreform werden wir korrigieren.« Ob Lauterbach im Amt bleibt oder die Union das Gesundheitsministerium künftig leiten will, war Mitte März noch offen.

Streit dürfte es auch um diese Forderung aus dem Wahlprogramm der SPD geben: »Wir setzen auf ein solidarisches System einer Bürgerversicherung, das allen Menschen gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen in gleicher Qualität ermöglicht. Für Beamtinnen und Beamte des Bundes schaffen wir ein echtes Wahlrecht zur gesetzlichen Krankenversicherung durch eine pauschale Beihilfe.«

Einig sind die voraussichtlichen Partner*innen im Grundsatz darüber, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz voranzutreiben, auch und gerade im Gesundheitswesen. Für die Union ist Digitalisierung »der Schlüssel zu schnellerer und sicherer Versorgung«, sie will die »freiwillige Weitergabe der persönlichen Gesundheitsdaten für klinische Studienzwecke und damit die Bekämpfung von Krankheiten voranbringen«. Die SPD verheißt: »Die elektronische Patientenakte kommt jetzt nach 20 Jahren Stillstand, und die KI-Medizin wird die Behandlung revolutionieren.«


Die einflussreiche Arzneimittelindustrie wird zumindest mit den Ankündigungen beider Partner zufrieden sein. CDU/CSU versprechen,

»die Pharma- und Gesundheitswirtschaft zu einer echten Leitökonomie zu machen« (→ *Randbemerkung*). Die SPD zählt Pharma zu den »Erfolgsbranchen«, für die Deutschland ein »Standort« bleiben müsse, sowohl »für große Konzerne wie auch für den starken Mittelstand«. Kein Wort steht in beiden Programmen zu pharmagesponserten Fortbildungen für Ärzt*innen und Interessenkonflikten, gesetzliche Regelungen werden Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft weiter einfordern müssen (→ Seite 7).

Unklar ist, ob es in der nächsten Legislaturperiode neue Vorstöße in den Bereichen Reproduktionsmedizin, Transplantation und Suizidhilfe geben wird. Kein Thema im Wahlkampf war die Legalisierung von »Eizellspende« und »Leihmutterchaft«, die FDP, die solche Praktiken am deutlichsten befürwortet, ist im neuen Bundestag nicht mehr dabei. Zu einer Reform des Transplantationsgesetzes in puncto »Lebendorgan-spende« und Einwilligungsregeln ist zwar vorerst gescheitert, könnte aber wieder auf die Agenda kommen – auch wenn in den Programmen von CDU/CSU und SPD dazu ebenso wenig steht wie zum Thema assistierter Suizid. Zu erwarten ist ein neuer Anlauf für ein Suizidpräventionsgesetz, einen Gesetzentwurf hatte Lauterbach ganz kurz vor der Wahl vorgelegt (→ Seite 5). In ihrem Wahlprogramm, das nur die »aktive« Sterbehilfe ausdrücklich ausschließt, kündigen CDU/CSU an, was auch die SPD gut finden dürfte: »Für einen wirksamen Lebensschutz beschließen wir ein umfassendes Suizidpräventionsgesetz.«

Aufarbeitung der Corona-Pandemie?

Die Corona-Pandemie und deren politisches Management, inklusive fragwürdiger Grundrechte-Einschränkungen und zeitweiliger Propagierung einer Impfpflicht, hat wohl alle Bürger*innen drei Jahre lang in Atem gehalten. »Wir müssen die Zeit der Pandemie aufarbeiten«, forderte auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 13. März 2025. Im Unionsprogramm kommt das Wort Corona nicht vor. Die SPD verspricht, sie wolle »das staatliche Krisenmanagement in der Corona-Pandemie u. a. mit einem Bürgerrat umfassend aufarbeiten, um daraus lernen zu können«.

Ein »Bürgerrat« allein wird so eine große Aufgabe nicht seriös leisten können. Sachlich notwendig ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission. Im April 2024 hatte ausgerechnet die AfD-Fraktion dies beantragt – vergeblich. Im neuen Bundestag sollten die Fraktionen der demokratischen Parteien einen solchen Antrag selbst stellen und beschließen – und zwar schnell. 

»Leitökonomie«

Eine neue Bundesregierung und einen Koalitionsvertrag gab es Mitte März zwar noch nicht. Klar ist aber, dass sich die Wahlsieger*innen von CDU/CSU einen »starken Gesundheits- und Pharmastandort« wünschen. Was sie dafür tun wollen, haben sie in ihrem Wahlkampfprogramm wie folgt skizziert: »Deutschland war einmal die Apotheke der Welt.

Es muss daher unser Anspruch sein, die Pharma- und Gesundheitswirtschaft zu einer echten Leitökonomie zu machen. Dazu brauchen wir den regelmäßigen Dialog mit den Herstellern, dem Großhandel und allen weiteren Akteuren. Wir werden die Standort- und Wettbewerbsbedingungen verbessern und die Entwicklung neuer Produkte erleichtern, zum Beispiel durch schnellere Zulassungsverfahren.«